

Ausgabe 6/2020

Liebe Kollegin/Lieber Kollege,

jeder Mensch ist gleich viel wert – unabhängig von Hautfarbe und Geschlecht, ethnischer Herkunft und sexueller Identität oder Orientierung, von Religion oder politischer Anschauung oder von Beeinträchtigungen. Eigentlich sollte das selbstverständlich sein. Ist es aber nicht – das sehen und hören wir tagtäglich in den Nachrichten.

Unter der Überschrift „Black Lives Matter“ prangern weltweit Menschen staatliche Gewalt gegen schwarze Mitbürger*innen in den USA an, in Deutschland erleben wir ein Anwachsen antisemitischer Vorfälle – die Liste ließe sich fortsetzen. Rassistische Übergriffe weltweit sind ein Alarmzeichen. Ungleichbehandlung erleben wir aber auch auf anderen Gebieten. Die Corona-Krise zeigt in Deutschland, dass die mühsam errungene Gleichberechtigung der Geschlechter schnell wieder infrage gestellt werden kann. Auch bei der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen sind wir noch längst nicht überall erfolgreich – und das 100 Jahre nach Einführung der ersten Gesetze dazu.

Wir alle können aber unseren Teil dazu beitragen, dass gleiche Chancen, gleiche Rechte und Teilhabe keine leeren Worthülsen bleiben, sondern selbstverständlicher Teil unseres Lebens und unserer Gesellschaft sind.

Bleibt gesund und solidarisch! Das wünschen sich und Euch
Dagmar König
und das gesamte Team des Ressorts 5

100 Jahre Schwerbehindertenrecht



Besonderer Schutz von Menschen mit Behinderungen

Am 6. April 1920 trat das Gesetz zur Beschäftigung Schwerbeschädigter erstmals in Kraft. Millionen von Kriegsversehrten musste der Weg in den Beruf geebnet werden. Seitdem wurde viel erreicht – aber bis zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) ist noch viel zu tun. Wir bleiben am Ball!

[Weiterlesen >](#)

Familien und Corona – Für eine geschlechtergerechte Krisenpolitik

Auch wenn die Schulen und sonstigen Kinderbetreuungsanbieter jetzt (vorerst) wieder in den „Normalbetrieb“ wechseln, hat die Pandemie gezeigt, wer in Deutschland (und auf der ganzen Welt) immer noch vorwiegend die (unbezahlte und bezahlte) Sorgearbeit übernimmt. Die überproportionale Last der Krise wurde den Frauen aufgebürdet. Der Corona-Familienbonus von 300 Euro pro Kind ist nur ein schwacher Trost für Frauen und Eltern, die monatelang zuhause Homeschooling, ihre eigene Arbeit und die Haus- und Pflegearbeit „gewuppt“ haben. Aber nicht nur das: Weltweit droht eine Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse. Was wir dagegen tun können, das lest ihr hier.

[Weiterlesen >](#)

Wer braucht schon Arbeitsschutz? ver.di beim Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung (nicht nur) in der Corona-Pandemie.

In der aktuellen Debatte um Arbeit 4.0 und Digitalisierung erfährt das Thema mobile Arbeit verstärkt und in großen Teilen der Gesellschaft Aufmerksamkeit. Unklar ist aber oft, was unter mobiler Arbeit zu verstehen ist. Eins scheint klar: Homeoffice und mobile Arbeit sind selbstbestimmtes, autonomes, freies Arbeiten. Wann, wie und wo ICH will! Tatsächlich? Wir machen uns da was vor! Warum? Lest weiter!

[Weiterlesen >](#)

Situation migrantischer Beschäftigter in der Corona-Krise – Systemrelevant, ungeschützt und jenseits vom Homeoffice

Wie durch ein Brennglas zeigten sich in den vergangenen Monaten soziale Unterschiede und Brüche am Arbeitsmarkt. Seien es Pflege, Reinigung, Handel oder Logistik, etlicher dieser Branchen wurden in der Corona-Ausnahmesituation als „systemrelevant“ eingestuft und den Kolleg*innen wurde viel Anerkennung entgegengebracht. Dass viele der Berufe überdurchschnittlich oft von Migrant*innen bei vergleichsweise schlechteren Bedingungen und Löhnen ausgeübt werden, war in den Berichten über die Held*innen der Krise dagegen nur selten ein Thema. Bei der Veranstaltung werden die Ergebnisse einer neuen Studie des Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) vorgestellt, die diese Fragen beleuchtet.

[Weiterlesen >](#)

Auch in Krisenzeiten ist auf die Rente Verlass - Gute Steigerung der Renten

Nach den nun vorliegenden Daten des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Rentenversicherung Bund steht die Rentenanpassung zum 1. Juli 2020 fest. Nach mageren Rentensteigerungen und vier Nullrunden in den Jahren 2004-2006 und 2010 waren die Steigerungen seit 2011 durchgängig gut und haben die Renten deutlicher als manche Löhne steigen lassen. Die genauen Zahlen und Berechnungsfaktoren findest Du hier.

[Weiterlesen >](#)

Aus der Sozialen Selbstverwaltung



Selbstverwaltung in der Unfallversicherung: Auswirkungen von und Umgang mit Corona

Die alltägliche Arbeit und die Prozesse der Entscheidungsfindung haben sich mit Corona auch in der Unfallversicherung verändert. Axel Schmidt, bei ver.di für die

Soziale Selbstverwaltung zuständig, berichtet aus der neuartigen Gremienarbeit. Außerdem haben sie sich mit der Frage beschäftigt, inwieweit eine Covid-19-Erkrankung eine Berufskrankheit darstellen kann und wie der Nachweis erbracht werden kann, dass die Ansteckung nicht im privaten Bereich erfolgt ist, sondern durch bzw. bei der beruflichen Tätigkeit.

Weiterlesen >



Vielen Dank für Dein Interesse!

Wir würden uns freuen, wenn Du den gesamten Newsletter oder einzelne Meldungen mit Deinen Bekannten und Kollegen teilst.

Wenn Du diesen Newsletter abbestellen möchtest, klicke bitte [hier](#).

Inhaltlich verantwortlich gemäß Paragraf 55 Rundfunkstaatsvertrag (RfStV) und Absatz 5 Telemediengesetz (TMG):

Verantwortliche:

Dagmar König

Mitglied des ver.di Bundesvorstandes
ver.di Bundesverwaltung
10112 Berlin

Telefon: (030) 69 56-2400

E-Mail: sopojetzt.newsletter@verdi.de

Redaktion: Mascha Jacobs